

# **STREIT&STRUNTZ**

## **RAUM FÜR DENKANSTÖSSE ZU KOMMUNALEN KONFLIKTEN**

AUSGABE NR. 37, APRIL 2024

### **Herausforderungen in der kommunalen Migrations- und Integrationsarbeit: Der Mythos schneller Integration**

#### **Liebe\*r Leser\*in von Streit&Struntz,**

*an die kommunale Migrationsarbeit werden spätestens seit 2015 hohe Erwartungen gestellt. Außerdem wird an sie einiges an Verantwortung abgegeben. Scheitert Integration führen das viele auf die Arbeit in den Kommunen zurück. Welche Einflussfaktoren gilt es in der kommunalen Migrationsarbeit zu beachten und was beeinflusst die Arbeit vor Ort positiv und negativ? Darüber schreibt in der aktuellen Ausgabe von Streit&Struntz Souad Lamroubal, Kommunalbeamtin, Expertin für Migration, Kommunikation und Bildung und Fürsprecherin einer rassismuskritischen Transformation von Migrations- und Integrationsstrukturen. Im Anschluss an ihren Input in der Streit&Struntz-Ausgabe am 29.04.2024 wird Azzam Moustafa, Berater am K3B, diesen aus der Perspektive der Kommunalen Konfliktberatung reflektieren.*

Wir widmen uns einem Faktum: Die Rechte einer Demokratie gelten im vollen Umfang nur für Menschen, die auch hier als sogenannte deutsche oder europäische Staatsbürger und Staatsbürgerinnen gelten. Migrantinnen und Migranten ohne EU-Staatsbürgerschaft haben kein Wahlrecht in Deutschland. Sie können den politischen Prozess nicht über Wahlen beeinflussen, obwohl über diesen Prozess ihre eigenen Rechte und Pflichten definiert werden. Auch in der kommunalen Integrationsarbeit ist es also erforderlich immer wieder „die Demokratie der anderen“ – also derjenigen, die keine Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind – auszuhandeln: Wie viel Teilhabe wird anderen Menschen zugestanden? Welche Chancen der Partizipation ihnen eingeräumt? In diesen Aushandlungen von demokratischen Zugeständnissen fühlen sich einige

Migrantinnen und Migranten nicht gesehen, ausgeschlossen, ausgegrenzt. Sie brauchen Unterstützer und Unterstützerinnen, die die Sprache der Etablierten sprechen und über die Rechtslage gut informiert sind. Insbesondere in Behörden sind Hilfestellungen zwingend erforderlich, da Machtverhältnisse in den Verwaltungen eine entscheidende Rolle spielen, etwa wegen einseitiger Abhängigkeitsverhältnisse aber auch wegen der fachlichen und sprachlichen Überlegenheit von Beamten gegenüber Migrantinnen und Migranten. Forderungen nach einer migrationssensiblen Verwaltung werden entsprechend immer lauter. Lauter werden aber ebenfalls die Stimmen, die eine Reduzierung von Migration in Kommunen fordern. Sie vermitteln den Eindruck, als wäre Migration die Ursache für fehlenden Wohnraum, fehlende Kindergartenplätze und fehlende Schulplätze.

### **Migration, Verwaltung und die Gefahr der Spaltung in den Kommunen**

Eine migrationssensible Verwaltung oder eine Reduzierung von Migration: Das sind zwei Forderungen, die unterschiedlicher nicht sein könnten und zu Spaltung in Kommunen führen. Mit dieser Spaltung umzugehen fällt ebenfalls in die Arbeit der Fachkräfte in der kommunalen Migrations- und Integrationsarbeit. Es gibt sehr unterschiedliche Ansprüche an das Funktionieren von Behörden mit Blick auf Migration und Integration: Für die einen funktioniert eine Verwaltung dann, wenn sie sich dafür einsetzt, Migration weitestgehend zu begrenzen. Für die anderen funktioniert sie, wenn eine Verwaltungskultur entwickelt wird, die sich durch Migration keinesfalls bedroht fühlt, sondern alles daransetzt, sich für die Interessen aller Menschen einzusetzen und ihnen Chancen zu ermöglichen.

In Krisenzeiten ist die beschriebene Spaltung noch viel deutlicher zu spüren, da Ängste vor dem Verlust des Lebensstandards noch präsenter sind, obgleich es keinen tatsächlichen Beweis dafür gibt, dass Migration Menschen in Kommunen ärmer macht. Dass diese Haltung aber auch die allgemeine Ablehnung von Migration im Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen stehen könnten, halten viele Menschen für überzogen. So wird innerhalb vieler Kommunen häufig beobachtet, dass sich Menschen sehr kritisch zum Thema Flucht und Migration äußern, aber niemals von sich behaupten würden, rechtsextreme Einstellungen zu vertreten. Eine weitere Diskussion in Kommunen betrifft die Einteilung von Menschen in „gute“ und „schlechte“ Flüchtlinge. In Kommunen urteilen Menschen also darüber, ob die Not von Geflüchteten groß genug ist, um Hilfe erwarten zu dürfen. Politische Debatten

und die jeweilige Bleibeperspektive haben einen gravierenden Einfluss auf die Stimmung in Kommunen und entscheiden über den Grad einer Willkommenskultur.

#### **Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten...**

... gibt einmal im Monat einen Anstoß für neues Denken zu Konflikten im kommunalen Raum: Mit einem schriftlichen Impuls meist am Anfang des Monats und an einem der folgenden Montage (16.00-17.00 Uhr) in einer Online-Diskussion, mit der das Thema vertieft wird.

Das K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V. schafft damit ein Dialogformat für den Austausch zwischen der Praxis der Konfliktbearbeitung, Konfliktberatung und Wissenschaft.

### **Die Überlastung kommunaler Migrations- und Integrationsstrukturen**

Einige Verwaltungen klagen darüber, dass kommunale Migrations- und Integrationsstrukturen nicht mehr funktionieren würden und der Aufwand durch Flucht und Migration kaum zu bewältigen sei. In der Tat beobachten wir derzeit in vielen Ausländerbehörden eine eingeschränkte Funktionsfähigkeit. Es gibt große Bearbeitungsrückstände, für die keine kurzfristigen Lösungen vorhanden sind, zumindest laut der Aussage einiger Kommunen. Für viele Menschen bestätigt sich hierdurch ihr Eindruck, dass Deutschland längst an einer „Belastungsgrenze“ angekommen ist und dies auf einen zu hohen Migrationsanteil zurückzuführen ist. Ist diese Behauptung nicht zu kurz gegriffen und geht sie nicht an den eigentlichen Ursachen vorbei? Man könnte ebenfalls die Thesen vertreten, dass

Überlastung auch auf Verwaltungsversagen zurückzuführen ist und die Verwaltungspraxis sowie die gesetzlichen Grundlagen die Ursache des Problems bilden. Gesetze, die Menschen überfordern, eine Verwaltungssprache, die unangemessen ist, struktureller Rassismus und fehlende niederschwellige Angebote sind nur einige Beispiele. Unter diesen Voraussetzungen wird die „Demokratie der anderen“, also das Maß an Freiheiten und Teilhabe, das Migrantinnen und Migranten durch die Mehrheitsgesellschaft zugestanden wird, verhandelt. Weil es nach der momentanen Auffassung vieler migrationsrelevanter Behörden nicht um „Willkommensbehörden“ geht, sondern um „Ordnungsbehörden“ wird ein harter Umgang mit Flüchtlingen akzeptiert oder teilweise gefördert. Dem liegt die Vorstellung zu Grunde, dass der Fokus bei der Arbeit mit Migrantinnen und Migranten auf Sicherheit und Gefahrenabwehr gelegt werden sollte. Kommunale Migrationsarbeit wird dadurch komplexer.

**Das Online-Gespräch wird via Zoom stattfinden. Bitte melden Sie sich mit einem Klick auf den Button im Newsletter oder per E-Mail zum Online-Gespräch an: [streitundstruntz.konfliktberatung@vfb-saw.de](mailto:streitundstruntz.konfliktberatung@vfb-saw.de). Die Zugangsdaten zur Zoom-Veranstaltung werden kurz vor Veranstaltungsbeginn per E-Mail an alle angemeldeten Personen verschickt.**

Die Forderung nach Integration bleibt trotz allem präsent in den Kommunen und der Druck nach Lösungen wächst stetig. Wie wird allerdings mit dem Problem umgegangen, dass Integration aufgrund von fehlenden Kapazitäten in Verwaltungen scheitert? Die Herausforderungen an die Migrationsarbeit in Kommunen waren nie so groß wie heute. Nachhaltige kommunale Migrationsarbeit kann nur gelingen, wenn ausreichende finanzielle Mittel vorhanden sind und Fachkräfte in Zeiten von großem Widerstand Rückendeckung von Führungsspitzen erhalten. Ist das die Realität in den Kommunen?

***Mit diesem Impulstext sowie der zugehörigen Online-Diskussion am 29. April von 16-17 Uhr möchten wir gerne mit Ihnen und Euch ins Gespräch kommen. Wir laden Sie und Euch ganz herzlich ein, eigene Fragen zu stellen, zu kommentieren und mitzudiskutieren.***

## Das K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung

... bietet Städten, Gemeinden und Landkreisen Unterstützung bei der Bearbeitung von akuten oder latenten Konflikten an. Der methodische Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung sieht ein allparteiliches, ressourcenorientiertes und auf Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtetes Vorgehen vor.

Weitere Informationen: [www.k3b-saw.de](http://www.k3b-saw.de)



Gefördert durch:



Bundesministerium  
des Innern  
und für Heimat



Finanziert von der  
Europäischen Union

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages



Landespräventionsrat  
Thüringen



Bündnis für Brandenburg  
*„weil es um Menschen geht!“*

Gefördert mit Mitteln des Bündnisses für Brandenburg

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,  
Gleichstellung, Flucht und Integration  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Gefördert durch



STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES  
UND GESELLSCHAFTLICHEN  
ZUSAMMENHALT



SACHSEN-ANHALT  
Ministerium für  
Arbeit, Soziales, Gesundheit  
und Gleichstellung

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



#WIR SIND DAS LAND  
DEMOKRATIE, VIelfALT, WELTOFFENHEIT.  
IN SACHSEN-ANHALT

Sie können unsere Arbeit gerne mit einer Spende unterstützen. Bitte geben Sie hierfür den Verwendungszweck „Kompetenzzentrum KKB“ oder "K3B" an.

Spendenkonto:

Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V

IBAN: DE39 8105 5555 3000 0115 19

BIC: NOLADE21SAW

Sparkasse Altmark West

Spenden sind steuerlich absetzbar. Um eine Spendenquittung zu erhalten, geben Sie bitte Ihre Anschrift an.

K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.  
Breite Straße 34, 29410 Salzwedel

03901-3089136

[streitundstruntz.konfliktberatung@vfb-saw.de](mailto:streitundstruntz.konfliktberatung@vfb-saw.de)

[www.k3b-saw.de](http://www.k3b-saw.de)